

Rheinische Volkszeitung

Wiesbadener Volksblatt

Telegr. Adr.: Volkszeitung Wiesbaden

Dienstag

8
Januar

Samstagspreis: 6030 Amt Wiesbaden

Mit religiösem Sonntagsblatt

Die Rheinische Volkszeitung erscheint täglich vormittags 11 Uhr, außer an Sonn- und Feiertagen, in Wiesbaden, Friedrichstraße 30. Zweig-Geschäftsstellen in Oestrich (Otto Schmitt), Marktstraße 8 und Eitel (H. Fabig Witwe), Ecke Ostend- und Taunusstraße.
Verantwortlich: Für Politik und Redaktion: Hauptgeschäftsführer Dr. phil. Franz Gensche; für den anderen redaktionellen Teil: Julius Eitner-Oestrich; für Geschäftsliches und den Anzeigenenteil: H. J. Dahmen; Verlag: Hermann Rauch in Wiesbaden

Bezugspreis für das Vierteljahr 3 Mark, für den Monat 1 Mark, frei ins Haus; durch die Post für das Vierteljahr 3,42 Mark, monatlich 1,14 Mark mit Postgeld. — Anzeigenpreis: 20 Pf. für die kleine Zeile, für ausserordentliche Anzeigen 30 Pf. Anzeigenzeit 1,50 Mark; bei Wiederholungen wird entsprechender Nachlass gewährt. Schluss der Anzeigenannahme: Für größere Anzeigen am Abend vor dem Erscheinungstage um 6 Uhr, für kleinere Anzeigen morgens 9 Uhr.
Postfach-Konto: Nr. 1632 beim Postamt Frankfurt a. M.

36. Jahrgang

Englands Forderungen

Endlich, endlich hat Englands Premierminister, Lloyd George, noch einmal die Kriegsziele der Entente auseinandergelegt und damit die letzte unabweisliche Antwort an Rußland erteilt. Wie man erwarten konnte, haben sich in den letzten Monaten die ränderischen Pläne unserer Feinde nicht geändert. So ist es richtig, daß Lloyd George den Mund weniger voll nahm, als er mehr fähige Worte machte als früher, aber die Forderungen Englands sind die alten geblieben. Und das ist doch schließlich das Einzige, was bei der Beurteilung der Rede entscheiden kann. Welches sind nun diese Forderungen? Um es kurz zu sagen: Die Entente verlangt, daß Deutschland Belgien vollständig abgibt, daß mit deutschem Gelde jene Städte und Dörfer, die durch britische, französische und amerikanische Granaten zerstört wurden, neu aufgebaut werden. Das Unrecht von 1870/71 muß Deutschland wieder gut machen, das heißt, der Krieg geht erst dann zu Ende, wenn Elsass-Lothringen an Frankreich zurückgefallen ist. Gerüstet wird ferner ein Großpolen, dem große Teile Deutschlands und Oesterreich-Ungarns angeschlossen müssen, und das selbstverständlich in aller Zukunft unter der Botmäßigkeit der Entente stehen wird. Auch Rumänien erhält eine tüchtige Belohnung, die Gebiete, die es bei Eintritt in den Krieg zugesichert erhielt, soll es bekommen. Italiens nationale Aspirationen auf Trient und Triest werden verwirklicht werden. Geopferung versteht Lloyd George auf Konstantinopel, dafür verlangt er ferner, daß die Türkei Arabien, Armenien, Mesopotamien, Syrien und Palästina an England oder Frankreich abtritt. Die Entente hat es also in der Hauptsache auf Oesterreich-Ungarn und die Türkei abgesehen. Es scheint demnach, daß die Behauptung Carlsons, diese beiden Staaten seien zu einem Sonderfrieden geneigt, ein großer Schwundel gewesen ist. Und zum Schluß erklärt Lloyd George, daß die deutschen Kolonien nicht weiter herausgegeben werden, daß sie vielmehr zur Verfügung eines Rates stehen, der in erster Linie Rücksicht auf die Wünsche der Eingeborenen nehmen wird.

Es wäre Torheit, über diese Kriegsziele Englands auch nur ein Wort zu verlieren. Noch einmal muß man feststellen, daß nach wie vor die Mittelmächte politisch und wirtschaftlich vernichtet werden sollen. Das ist das Ziel Englands, das ist auch das Ziel Frankreichs und Italiens. Siegen oder untergehen — eine andere Forderung kennen unsere Feinde nicht. Das sollte genügen, um in Deutschland völlige Klarheit zu schaffen. Ist es nicht beschämend, daß fast in diesem Augenblicke, da Lloyd George solche Pläne aufrollt, das Gerücht davon in einem Rührtritte Ländchen nicht demontiert werden muß? Ist es weiter nicht betrübend, daß nach wie vor von Ausgleich, Verständigung und Uebereinkommen gesprochen wird? Wenn das weiterhin geschieht, dann werden wir uns nicht belügen dürfen, daß infolge unserer Heillosigkeit und Schwachheit die Stellung der feindlichen Kriegsheere immer mehr gefestigt wird. Lloyd George spricht nicht für seine Person, spricht auch nicht für die Regierungen der verbündeten Völker, er erklärt vielmehr, daß diese seine Kriegsziele die Zustimmung der englischen Arbeiterführer, der maßgebenden Köpfe in den politischen Parteien und der Vertreter der größeren überseeischen Dominions gefunden haben. Da wäre es Verblendung sondergleichen, von den feindlichen Völkern etwas zu erhoffen. Hinter Lloyd George steht das gesamte England, und wenn auch Millionen anders denken, die Millionen Schweigen und geben damit ihre Zustimmung. Wie sieht es demgegenüber in Deutschland aus? Mit tiefer Besorgnis haben wir die von sozialdemokratischer Seite gemachte Feststellung gelesen, daß die unabhängige Sozialdemokratie in der längsten Zeit ihrer Existenz bestrebt war, den Abschluß eines Friedens mit Rußland zu verhindern. Sie hat den Genossen in Petersburg und Moskau mitteilen lassen, daß durch die Verlängerung des Krieges die Aussichten für eine Revolution in Deutschland größer würden, und daß darum der Abschluß des Friedens unerwünscht sei. Das ist Väterlandsverrat im schlimmsten Grade. Hier offenbaren sich die wirklichen Völkfeinde, die Tausende unseres Volkes herben lassen, um ihre revolutionären Gedanken durchzusetzen. Auf dieser Taktik der unabhängigen deutschen Sozialdemokratie baut Lloyd George seine Politik auf. Fortführung des Krieges — dann werden unsere Ziele verwirklicht, weil die Revolution in Deutschland auf dem Marsche ist. Fortführung des Krieges, weil Hindenburg und Ludendorff es ablehnen, weiter an der Spitze der Armeen zu stehen! So kommt es dann, daß nicht nur die Staatsmänner, sondern auch die breiten Schichten der feindlichen Völker einer Fortsetzung des Kampfes geneigt werden.

Englands Forderungen sind noch einmal klar umschrieben worden. Diese Forderungen können eigentlich niemanden überraschen. Ob wir auf Teile von Rußland und Frankreich, Belgien und Serbien verzichten, ist für den Ausgang dieses Kampfes von nebensächlicher Bedeutung. Zwei Wege gibt es, um zum Frieden zu gelangen. Der erste Weg wäre die Erfüllung der britischen Forderungen, dann würde eine mehrschichtige Verhandlung mit Lloyd George und den Frieden bringen, doch einen Frieden, der uns unfähige Leiden und schweren Hunger auflegte. Und der zweite Weg ist der Kampf um

den Sieg, das Bestreben, durch die Macht der Waffen die Entscheidung und damit das Ende des Kampfes herbeizuführen. Einen dritten Weg gibt es nicht, zum mindesten ist er aussichtslos. Die Absicht, einen ehrenvollen Ausgang für beide Teile herbeizuführen, bedeutet einen Mittelweg, doch von ihm gilt das Wort Logans: In Gefahr und großer Not führt der Mittelweg zum Tod. Dagegen ist es, daß die bürgerlichen Parteien fast vollständig ihren früheren Standpunkt verlassen haben. In der vergangenen Woche verurteilte die Sozialdemokratie die bekannte Reichstagsresolution vom 19. Juli von neuem zum Beschlusse zu erheben. Das ist von Zentrumsseite, aber auch vonseiten der fortschrittlichen Volkspartei scharf zurückgewiesen worden. Es wäre ja tatsächlich ein Dohn, wie ihn die Gefährte selten erlebt, wenn nach der neuen Erklärung der feindlichen ränderischen Pläne das deutsche Parlament einen zweiten zweifelsvollen Versuch unternähme. Glücklicherweise ist das heute völlig ausgeschlossen. Jedenfalls hat die Mehrheit der Zentrumsfraktion ihren Standpunkt vom 19. Juli innerlich längst preisgegeben. Man mag über die Resolution denken, wie man will, Tatsache ist jedenfalls, daß sie ihren Zweck nicht erfüllt hat und darum erfolglos gewesen ist. Bezüglich unserer äußerpolitischen Lage besteht heute eine erhellende Uebereinkunft zwischen allen bürgerlichen Parteien. Die Vorgänge der letzten Zeit, insbesondere aber die Gerüchte über den Rührtritte Ländchen, sowie die dreifachen und unverständlichen Reden eines Lloyd George sollten den bürgerlichen Parteien Veranlassung geben, alles Exzentrische zurückzustellen und nur auf das Bedacht zu sein, das künftigen deutschen Völk in Gegenwart und in Zukunft nicht. Fort mit der Förderung der Kriegsziele, bis wir den Krieg gewonnen haben, dann wird sich alles weitere von selbst finden.

Der deutsche Bericht

Großes Hauptquartier, 7. Januar (H. J. Dahmen.)
Welcher Kriegsschauplatz. Im Stellungsbogen Blick von Jpern und in einzelnen Abschnitten zwischen den von Arras und Person auf Cambrai führenden Straßen entwickelten sich am Nachmittag heftige Artilleriekämpfe. Auch zwischen der Wette und der Aisne, beiderseits von Cres und auf dem Rücken der Wette war das Artillerie- und Minenfeuer heftiger. Die Kampfthaten der Infanterie blieben auf Erkundungen im Vorfeld der Stellungen beschränkt.

Abendbericht
Berlin, 7. Jan. (H. J. Dahmen.) Die erhaltene Nachricht vom Stellungsbogen südlich von Jpern lautet an. Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht

Wien, 7. Jan. (H. J. Dahmen.) Am 7. Jan. wird verlautbart:
Östl. Kriegsschauplatz. Waffensstillstand. Italienischer Kriegsschauplatz. Keine besonderen Ereignisse.

Gedrückte Stimmung

Trotz fruchtloser Versuche der feindlichen Staatsmänner, angeführt der glänzenden Lage der Mittelmächte die Haltung zu bewahren und die auf den Mittelpunkt geklammerten Kriegsziele ihrer Völker künstlich zu heben, ist die allgemeine Stimmung in England, Frankreich und Amerika so gedrückt, daß auch die Presse sich kaum mehr bemüht, diesen Umkehrung der öffentlichen Meinung zu verbergen. Ein Blick in die Spalten der feindlichen Blätter beweist, daß überall die Genüchterung nach Siegestaumel schnell gefolgt ist. Die „Daily News“ teilen mit, daß sich ein großer Teil der englischen Konversation betriebe habe und nun finde, der Brief Lord Lansdownes entwerfe der Wirklichkeit und den Ansichten eines großen Teiles der englischen öffentlichen Meinung. Der „Labour Leader“ erklärt, daß sich die englische Arbeitererschaft bei erster Gelegenheit mit Lansdowne solidarisch erklären werde. Der „Common Sense“ überreicht seinen Leitartikel mit den Worten: „Endlich kommt die Vernunft an den Tag.“ Die Kritik der Zustände in den Ländern der Entente tatsächlich geworden sind, beweist der Bericht eines hervorragenden, dank kürzlich unternommener Reisen in England, Frankreich und Amerika vorzüglich informierten Schweizer, der folgenden befragt: „Der Entente droht eine militärische Katastrophe, wenn der Friede nicht bis zum Frühjahr zustande kommt. Hinter Lansdowne steht ein großer Teil des englischen Volkes. Das Kabinett Lloyd George ist völlig isoliert. In London gibt man der Regierung keine drei Monate Leben mehr. Die weitestgehende Parteimehrheit, unübersehbare Persönlichkeiten des Premiers hat allgemein viel von ihrer ursprünglichen Popularität verloren.“

Auch in Frankreich hat dieser Schweizer Beobachter eine weitverbreitete, auch die Rückgabe Elsass-Lothringens allerdings immer noch stark bedingte Friedensbereitschaft festgestellt. Die vielen Affären seien das Zeichen einer wachsenden und ungesunden Friedenssehnsucht, gegen die auch Clemenceaus optimistisch sein werde. Ein letzter gewaltiger Kampf zwischen den Krieg- und Friedensfreunden werde sich vor. Die vielen

Affären vereinigen und vereinfachen sich zu einer großen Affäre Caillaux, die denjenigen Mann, den man immer bekannter als Frankreichs Führer zum Frieden bezeichnet, vernichtend treffen sollte. Ueber die Stimmung in Amerika ließ sich der Gewährsmann wie folgt äußern: „Sollte sich die Entente auf Amerika verlassen, so würde sie bald die bitterste Enttäuschung erleben. Von Kriegsbegeisterung ist die Spur. Die angelieblichen amerikanischen Deere werde man, an der Westfront wenigstens, nie zu Gefecht bekommen. Die amerikanische Hilfe sei derzeit verlaufen und werde, das man sie, was manhafte Truppenbewegungen ansehe, jetzt schon außer Rechnung stellen müsse. Man möge sich in der Union weit mehr auf einen Waffengang mit Japan statt mit Deutschland gefaßt.“

Die Erfolge zur See

Seitens 20 000 Tonnen

Berlin, 7. Jan. (H. J. Dahmen.) Neue U-Boot-Erfolge im Sperrgebiet am England: 20 000 Bruttoregistertonnen. Von den Schiffen wurde der größte Teil an der Westküste Frankreichs, der Rest im Sperrgebiet am England

versenkt. Drei große schwer beladene Dampfer wurden in schiffen Ruinen aus dem Wasser gehoben. Unter den anderen Schiffen konnte der englische Dampfer „Gorgon“ (4000 Tonnen), beschlagnahmt werden, der mit beladen nach England bestimmt war.

Es ist dem Unterseeboot nach fröhlicher Gegenwart nicht immer möglich, nach erfolgtem Angriff, Namen, Bestimmung und Ladung der betroffenen Schiffe festzustellen. Die Unmöglichkeit tritt natürlich sehr oft bei den aussergewöhnlichen Schiffen ein. Ein Dampfer kommt es auch vor, daß der Dampfer ist und die Verletzung möglichst vielen Schiffsräumen. Lloyd George hat selbst gesagt: „Schiffe bedeuten Kanonen, Schiffe bedeuten Vorräte, Schiffe sind der Sieg“ und in diesem Sinne haben die seit dem 1. Februar bis zum 30. November 1917 durch unsere U-Boote versenkten 875 600 Bruttoregistertonnen schon eine bemerkenswerte Wirkung gezeigt. So hat laut „Daily News“ vom 4. Dezember 1917 Englands Lebensmittelmittel, Sir A. Balfour in einer Rede vor Mitgliedern der Unterhause bekannt gemacht: „Ich habe die Zahl der U-Boote geschätzt. Ich bin darüber nicht gewiss.“ Inzwischen ordnete die englische Regierung an, daß jedes noch England bestimmte Schiff irgendwelcher Art, was auch seine Ladung sein möge, sofort verschlagene Namen, sollte die unbekannten Passagierzahlen, mit Lebensmitteln auszufüllen habe.

Die Ursache der Berliner Krise

Klarheit über Brest-Litowsk

Berlin, 7. Jan. Unter der vorstehenden Ueberschrift läßt sich der „Berliner Lokalanzeiger“ aus parlamentarischen Kreisen schreiben: Eine russische Gefahr gibt es für uns nach maßgebender Auffassung unter keinen Umständen mehr, mögen die Brest-Litowsker Tage ausgehen, wie sie wollen, wohl aber müssen wir es erleben, daß die deutschen Bevollmächtigten von der ihnen mitgegebenen Marschroute abweichen, was an der Stelle starke Bestimmung hervorruft, die die ganze schwere Last von Deutschlands gegenwärtiger Verteidigung zu tragen hat und die daher die strategischen Notwendigkeiten in dieser Beziehung für die Zukunft des Reiches zu beurteilen verleiht. Diese Bestimmung drohte sich zu einer ganz außerordentlich ersten Alternative zu entwickeln, deren Lösung nach der einen oder der anderen Seite zur Schicksalsfrage für unser Vaterland hätte werden können. Diese unabsehbare Gefahr ist, wie wir versichern können, beseitigt. Der Brest-Litowsk ist uns im gewissen Sinne ein Heil gewesen. Unsere Delegierten sehen klarer als früher den Weg, den sie zu gehen haben und es ist Sorge getroffen, daß sie nicht wieder von der Marschroute, wenn auch im besten Glauben und in besserer Absicht, abweichen. Und wir Deutschen, die wir es gut mit unserm Vaterlande meinen, können in das neue Jahr mit der festen Zuversicht hineingehen, daß uns nichts und niemand verloren gehen wird und daß Deutschland seine wertvollsten und heiligsten Schätze behalten wird.

Die Forderungen der Ukrainer

Basel, 7. Jan. Auf indirektem Wege meldet das ukrainische Pressebüro aus Kiew: Zwischen den Ukrainern und den Ukrainern scheint ein Vergleich zustande gekommen zu sein. Die Ukraine wird als unabhängiger Staat unter Zustimmung der Regierung Lenins und der Vertreter der Zentralmächte an den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk teilnehmen. Das ukrainische Parlament hat als Vertreter des ukrainischen Volkes folgende Persönlichkeiten ernannt: Professor D. Ruschewsky, Binnitschew, den Präsidenten der ukrainischen Regierung, sowie den Justizminister T. Litschewsky. In der Note der ukrainischen Delegierten werden folgende Bedingungen aufgestellt: Die Ukraine verlangt, daß ein allgemeiner Friede zwischen den Kriegführenden geschlossen wird, daß allen Völkern völlige Autonomie zugehoben und ihnen eine selbständige Existenz gesichert wird. Keine Kriegsschuldung noch sonst ein Schadenersatz darf verlangt werden. Alle Weltmächte müssen die Unabhängigkeit der ukrainischen Republik anerkennen, die ihre eigene Regierung, ihre eigene Armee und ihre eigene diplomatische Vertretung haben will. Die ukrainische Regierungsgewalt findet in der Ukraine keine Anerkennung; sie gilt nur für das ukrainische Rußland. Der Frieden muß durch die Vertreter aller unabhängigen Republiken, die zusammen die russische Konföderation bilden, unterzeichnet werden.

Die deutschen Erklärungen

Berlin, 7. Jan. (H. J. Dahmen.) In den in der Presse fortwährenden Erörterungen, die über angebliche Unvollständigkeit der deutschen Mitteilungen über den Verlauf der Verhandlungen in Brest-Litowsk vom 28. Dezember 1917 (die Sitzung fand tatsächlich am 27. Dezember statt) beruhen, erzählt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ von folgenden Dingen:

Der von der Petersburger Telegraphen-Agentur gemeldete Widerspruch der russischen Delegation in Brest-Litowsk ist nicht erfolgt. Das Botschafts-Telegraphen-Bureau bei den Vorläufern der Erklärungen in Brest-Litowsk ohne jede Einschränkung wiedergegeben. Im Anschluß an die dort veröffentlichte Antwort des

deutschen Joffe auf die deutschen Gegenvorschläge hat der deutsche Delegierte nur noch ausdrücklich festgestellt, daß über den letzten von Herrn Joffe erwähnten Punkt, nämlich die Notwendigkeit einer kommissarischen Beratung, volle Einverständnis zwischen den Delegationen bestehe. Daraus ist zu schließen, daß nichts mehr geklärt werden.

Englands Antwort

Berlin, 7. Jan. Die englische Regierung beantwortete durch den englischen Botschafter in Petersburg die Aufforderung der russischen Regierung, an den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk teilzunehmen. Sie weist darauf hin, daß die Auffassung, daß die Entente die Verantwortung für den Verlauf der Friedensverhandlungen zwischen Rußland und den Zentralmächten verantwortlich sei. Die Verhandlungen hätten begonnen, ohne das diesbezügliche Einverständnis zwischen den Alliierten erzielt worden sei. — Die Regierung an den Verhandlungen teilzunehmen, habe daher mit Recht bestanden.

Kaufmann Teitel

Berlin, 7. Jan. Der russische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Teitel ist heute morgen zusammen mit dem deutschen russischen Delegierten in Brest-Litowsk zur Fortsetzung der Friedensverhandlungen angetreten. Die Verhandlungen mit den Vertretern der Ukraine haben bis jetzt, wie gemeldet, einen befriedigenden Verlauf genommen. Die von dieser Delegation in Aussicht gestellte Erklärung ist bis jetzt noch nicht überreicht. Die Ueberzeugung wird aber unmittelbar erwartet, daß die Mittelmächte werden dann zu den Erklärungen der Ukraine Stellung nehmen.

Das Schweigen der Entente

Berlin, 7. Jan. Die Vertreter der vier verbündeten Mittelmächte in Brest-Litowsk haben am 5. Januar in einem Gespräch an die zu dieser Zeit noch in Petersburg weilende russische Delegation festgestellt, daß die Zeit für sämtliche am Kriege beteiligten Mächte zum Beitritt zu dem am 25. Dezember 1917 in Brest-Litowsk vereinbarten Zeitplan abgelaufen ist, ohne daß von der Entente eine Erklärung über den Beitritt zu den Friedensverhandlungen eingelaufen ist. In diesem Zusammenhang der Zentralmächte werden binnen kürzester Fristen gegeben. Das ist auch nicht notwendig, denn die Fortsetzung aus der nächsten Konföderation, daß die Entente der von russ. Seite angeregten Friedensaufforderung nicht nachgegeben hat, ergibt von selbst, daß die in Brest-Litowsk am 25. Dezember aufgestellten Friedensgrundlagen damit für die Entente erloschen sind. Die Nachrichten in London, Paris und Rom haben mit ihren Schweigen erneut zu erkennen gegeben, daß sie das blutige Ringen fortsetzen wollen. Und damit tragen sie die Verantwortung dafür, wenn weitere Hunderttausende von Menschen in den Tod getrieben werden. Ist genug ist den Weltmächten die Gelegenheit geboten worden, den Weg zur Verständigung zu betreten, nicht mit dem Friedensangebot vom 12. Dezember, das nach der Vereinbarung zwischen der Reichsregierung und der Obersten Delegation von unserm Kaiser und den verbündeten Monarchen gemacht wurde. Die militärische Situation ist seit jenem 12. Dezember für die Entente nicht günstiger geworden, und sie wird auch nicht günstiger werden, nachdem Rußland als Kampfmittel aus ihrem Reihen ausgeschaltet ist.

Die Forderung der Beilegung des Konfessionsstreits
Petersburg, 7. Jan. (H. J. Dahmen.) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Auf das an die Deutschen gesandte Telegramm, in dem der Vorschlag gemacht wurde, die Verhandlungen nach Stockholm zu verlegen, erhielt die russische Delegation eine Depesche der Tschechen, in der diese ihre Zustimmung in Brest-Litowsk mitteilen. Auf dieses Telegramm erwidert die russische Delegation folgenden: Die Beilegung der Verhandlungen nach einem natürlichen Lande entspricht dem erreichten Stande der Verhandlungen. Angesichts der Aussicht einer Delegation in Brest-Litowsk werden unsere Delegierten zusammen mit dem Volksbeauftragten für

